

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Vierteljährlich 1,50 Goldmark
Einzelnummern 15 Goldpfennig (nur gegen Voreinsendung
des Betrags)

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adlestraße 16
Fernsprecher Nr. 8800 - Postcheckkonto Stuttgart Nr. 6805

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Die Sozialpolitik im Reichstage

In den ersten Wochen seines Daseins konnte der neu-
wählte Reichstag nicht recht in Gang kommen, nach der Zu-
sammenstellung der bürgerlich-reaktionären Regierung aber ist
die Maschine in Schwung geraten und der Reichstag zeigt eine
ungeheure Arbeitsmut. Bis Ostern will er zunächst einmal ohne
wesentliche Pausen durchtagern, um alles das aufzuarbeiten, was
an Anträgen vorliegt und was die zahlreichen Ausschüsse vor-
bereiten. Die Parteien entwickeln einen geradezu beängstigenden
Wetteifer im Einbringen von Anträgen. Es sind bislang bereits
über 600 eingegangen, von denen allerdings die allermeisten in
den Ausschüssen lang- und klanglos begraben werden.

Der Anfang wurde gemacht mit der Beratung des Reichs-
haushalts, und zwar zunächst mit dem Haushalt des
Reichsarbeitsministeriums. Unser Kollege Diß-
mann eröffnete die Aussprache mit einer groß angelegten
Rede, in der die Beschwerden und Wünsche der freigewerkschaft-
lich organisierten Arbeiter nachdrücklich zum Ausdruck kamen.
Der Redner wies einleitend auf die geringen Aufwendungen
des Reichs für soziale Zwecke hin und auf die Tatsache, daß das
Unternehmertum zu diesen Ausgaben verhältnismäßig nur
wenig beiträgt und daß es außerdem die Kunst verfeht, die
Ausgaben durch vermehrte Ausbeutung auf die Arbeiter abzu-
wälzen. Die Unternehmer wollen die Substanz ihrer Wirtschaft
nicht angreifen lassen, aber das Kapital der Arbeiter, die Su-
perflüssigkeit der menschlichen Arbeitskraft, greifen sie
in der rücksichtslosesten Weise an. Die Zahl der unterstützten
Erwerbslosen ist im Januar wiederum gestiegen, und es
geschieht lange nicht genug, um die Not
dieser armen Opfer des Kapitalismus zu
 lindern. Die Ausgaben für soziale
Zwecke sind um 150 Millionen M L
 gesunken, während in derselben Zeit
 an die Schwerindustriellen über 700 Mil-
 lionen Mark verteilt worden sind. Dabei
 haben diese Herren die Löhne ihrer Ar-
 beiter herabgesetzt und die Arbeitszeit
 verlängert, um über die schwere Zeit
 der Ruhrbesetzung hinwegzukommen, wie
 sie sagten. Nun hat man diese selben
 Unternehmer heimlich und widerrechtlich,
 ohne Kontrolle und ohne den Reichstag
 zu fragen, vollstän- dig für ihre Verluste ent-
 schädigt, aber an die Entschädigung
 der Arbeiter des Ruhrge-
 biets, die doch die eigentlichen Träger
 des Widerstandes waren, denkt kein
 Reichstanzler, kein Finanzminister und
 auch kein Arbeitsminister. Obendrein
 haben die Unternehmer des Ruhrgebiets
 nachweisbar erhebliche Summen mehr
 angeschrieben und ersetzt erhalten, als sie
 wirklich ausgegeben hatten. Auch die
 deutschen Reeder haben 60 Millionen für
 produktive Erwerbslosenfürsorge vom
 Reiche bekommen, ohne daß der Reichstag
 etwas davon erfuhr und ohne daß irgend-
 eine Kontrolle besteht über die Ver-
 gabe dieser Summe.

Der Redner besprach sodann den Zu-
sammenhang der Sozialpolitik mit der
gesamten Wirtschaftspolitik und sagte,
daß nicht das Finanz- und Wirtschafts-
ministerium das Arbeitsministerium un-
günstig und zum Nachteil der Arbeiter-
und Angestelltenenschaft beeinflussen solle,
sondern umgekehrt, letzteres müsse die
beiden ersteren mit sozialem Geiste er-
füllen. Die notwendigen Mittel müßten
eben beschafft werden. Es sei ein Skandal,
daß das Finanzministerium sich die
Dreistigkeit herausnahme, den Arbeits-
minister vor zu weitgehender Erhöhung
der Löhne zu warnen. Die Heraushebung der Löhne sei eine drin-
gender Notwendigkeit, dazu müssen eine Erweiterung und
Sicherung des Achtstundentags kommen. Der Ein-
wand, daß dadurch der deutsche Wettbewerb im Ausland zu
leiden habe, sei hinfällig, wenn die Regierung das Washin-
gtoner Abkommen annehme.

Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hielt eine Ver-
teidigungsrede, in der er seine Verdienste um den Wieder-
aufbau der Sozialversicherung hervorhob. Die Reichsregierung
werde eine planmäßige und zusammenfassende Gestaltung der
Sozialversicherung nicht aus den Augen verlieren, sie müsse
aber eine Kampagne haben, um sich neu einzustellen für die
Schaffung einer Arbeitslosenversicherung, die an
die Stelle einer Arbeitslosenunterstützung treten solle. Zur
Frage der Arbeitszeit und des Arbeitslohnes erklärt der
Minister: Die Reichsregierung erblickt die Rettung der deutschen
Wirtschaft und Sozialpolitik keineswegs in ver-
längerter Arbeitszeit und verkürzten Löhnen.
Aber, wie auch bei der Frage des Washingtoner Abkommens
müsse auf die besonderen Verhältnisse des deutschen Wirt-
schaftslebens Rücksicht genommen werden. Was auf gut Deutsch
heißt, daß der Profit der Unternehmer höher steht als das
Wohl der Arbeiter.

In einer Schlussrede wies Dißmann darauf hin, daß sich
der Arbeitsminister zu wichtigen Punkten — absichtlich oder

unabsichtlich — nicht gedankt habe, besonders nicht über die
Mitwirkung der Gewerkschaften bei verschiedenen
wirtschaftlichen Fragen. Der Redner erwähnte die Tatsache,
daß die Metallarbeiter des Ruhrgebiets Ende 1923 vor einem
Kampfe gestanden haben, um die Verschlechterung der Lohn-
und Arbeitsbedingungen abzuwehren, daß aber die Reichs-
regierung durch Entziehung der Erwerbslosenunterstützung zum
Vorteil der Ruhrgebietsigen in den Kampf eingegriffen habe.
Redner schließt mit der Versicherung, daß für den Metall-
arbeiter-Verband von einer Ausgabe des Achtstundentages keine



Reichsarbeitsminister Dr. Brauns: Der schematische Achtstundentag aller Hand- und Kopfarbeiter
ist für die Industrie nicht tragbar. (Reichstagsrede am 4. Februar.)

Rede sein könne. Und das gelte selbstverständlich für die Ge-
samtheit der freien Gewerkschaften.
Bei der Weiterberatung des Haushalts des Arbeitsministers
sprach der Sozialdemokrat Karsten über die Not der Arbeits-
invaliden, dieser Opfer des Kapitalismus. Trotzdem die Renten
bereits sehr niedrig sind, fordert das Unternehmertum noch
obendrein ihre Herabsetzung und eine schärfere Sichtung
der Rentenempfänger. Es drängt darauf, daß die Hälfte der
Invaliden keine Renten mehr bekommen soll. Demgegenüber
forderte der Redner eine Erhöhung der Unter-
stützungssätze. Die Sozialdemokraten stellen einen An-
trag auf Verbesserung der Wochenhilfe und Wochen-
fürsorge in ihren Leistungen und ihrer Organisation. Die
Mindestsätze der Wochenhilfe sollen zunächst um 50 % erhöht
werden. In der Begründung wurde gesagt, daß die Frauen, die
die schwere Aufgabe haben, das neue Geschlecht zu gebären und
aufzuziehen, das Recht auf Hilfe in Anspruch nehmen dürfen.
In bezug auf die Beschäftigung der erwerbstätigen Mütter vor
und nach der Niederkunft wurde seitens der Sozialdemokratie
die baldige Durchführung des Washingtoner Abkommens ver-
langt, damit den proletarischen Müttern ein besserer Schutz als
bisher zuteil werde. Es wurde darauf hingewiesen, daß das
Reich für alle möglichen Dinge Geld habe, zum Beispiel für die
Förderung der Pferde- und Rindviehzucht, aber für die Auf-
zucht gelander Kinder ist nur wenig Geld vorhanden.

Warum den Achtstundentag in der Schwerindustrie?

Seit Monaten wenden sich die Schwerindustriellen gegen die
Wiedereinführung der dreifachen Schicht. Keine ihrer Tagungen
vergeht, daß sie nicht dazu Stellung gegen den Achtstundentag
nehmen; ja, hervorragende Vertreter der Industrie schreiben
spaltenlange Aufsätze, worin zu beweisen versucht wird, daß die
Wiedereinführung der dreifachen Schicht für die deutsche Wirt-
schaft untragbar sei. Die deutsche Arbeiterschaft könne keine
größere Dummheit als die Wiedereinführung des Achtstunden-
tages machen, weil sie damit selbst den Ast absäge, auf dem
sie sitze.

Solcher Mumpst könnte vielleicht in der Arbeiterschaft noch
Gläubige finden, wenn seit der Ruhrbesetzung schon soviel Jahre
wie Monate verfloßen wären. Aber der Uninn, den die In-
dustriellen mit ihren „Sachverständigen“ während der Ruhr-
besetzung verzapft haben, ist noch in aller Gedächtnis. Die Ritter
der Beschränktheit und des Deutungs haben damals demagen
dummes Zeug geschwätzt, daß ihnen kein Mensch mehr glauben
würde, selbst wenn die eigentliche Triebfeder ihrer Feindschaft
gegen den Achtstundentag völlig unbekannt wäre. Man erinnere
sich nur:

Zu Beginn der Ruhrbesetzung erzählten die Fachleute der
Industriellen in einer Sitzung mit der Regierung, die franzö-
sische Eisenindustrie sei nur 14 Tage mit
Koks eingedeckt, dann müsse sie ihre Hoch-
öfen stilllegen. Deshalb kein Staumachen,
sondern „Durchhalt“. Wofürs auf
die Arbeiterschaft läme es an.
Diese könne, wenn sie wolle, die deutsche
Industrie retten und damit auch ihre Er-
nährungsgrundlage. Und was geschah?
Die Arbeiterschaft hat ungeheure Opfer
auf sich genommen, monatelange Arbeits-
losigkeit mit unsäglicher Entbehrung war
ihr Los, zu alledem die Inflation. Und
die Schwerindustriellen? Nun, diese
haben die Gutgläubigkeit und die Drang-
sal der opferwilligen Proletarier rüch-
sichtslos für ihren Geldbeutel ausgenutzt.
Arm, abgerissen, halb verhungert kamen
die Proleten aus dem Ruhrkampf — die
Schwerindustriellen Patrioten aber mit
einer Vergrößerung ihrer Konzerne und
einer Verstärkung ihrer politischen Macht.
Und diese nutzten sie dann zur Verlänge-
rung der Arbeitszeit und Quetschung der
Löhne, zu welchem Zwecke sie den Be-
stand des französischen Säbels suchten.
Die Alten über das Kapitel „Lohn-
sicherung“ sind noch nicht geschlossen.
Wenn einmal diese dunklen Blätter auf-
geschlagen werden, wird der deutsche
Spießer sicherlich staunen, daß sich unter
den Ruhrkämpfern der „Lohnsicherung“
führende Firmen des westlichen Industrie-
gebiets befinden. Wir werden dann die
Gelegenheit wahrnehmen, an einigen
Beispielen die seltsame Beschaffenheit
der vaterländischen Gesinnung unserer
Schwerindustriellen zu zeigen.

Die Unternehmer erklärten, der Acht-
stundentag sei zwar eine erstrebenswerte
Kulturfrage, aber das wirtschaftlich ge-
schwächte Deutschland könne ihn nicht er-
tragen; außerdem sei die Leistung im all-
gemeinen gefallen und schließlich be-
hauptet man, daß gerade die Hütten-
arbeiter, wollten sie ihren Vorteil wahr-
nehmen, keinerlei Grund hätten, die
Wiedereinführung des Achtstundentages
zu wünschen. Wir wollen nun kurz unter-
suchen, was es mit diesen Behauptungen auf sich hat:

Hochöfen: Eine Reihe Werke, und zwar die einfluss-
reichsten des industriellen Westens, die sich aber am meisten
kränken, haben ihre Hochöfen neuzeitlich umgebaut. Die frühere
Hochleistung betrug bis 500 Tonnen täglich bei einer durch-
schnittlichen Belegschaft von 37 Mann je Ofen. Der neuzeitliche
Hochofen mit maschineller Belegung und einer Belegschaft von
11 bis 12 Mann erzeugt bis 800 Tonnen je 24 Stunden, ent-
spricht einer Leistungssteigerung von 62,5 % und
gleichzeitig einer Belegschaftsverminderung von
70 %. Beim alten Hochofen erfolgt der Abstieg in Zwischen-
pausen von etwa 4 Stunden, beim neuen Ofen von 2 bis
2 1/2 Stunden.

Bei der Erörterung der Arbeitszeit allgemein dreht sich der
Streit um drei Grundfragen: Tatsächliche Arbeitszeit, Arbeits-
bereitschaft und Pausen. In diesen Fragen stehen sich die An-
sichten der Arbeiter und Unternehmer schroff gegenüber. So be-
zeichnen beispielsweise die Unternehmer bei den Hochöfen die
zwischen den Abtischen liegende Zeit als Arbeitsbereitschaft
und nur die 20 Minuten, die der Abstieg dauert, mit der Zeit
für die Instandsetzung der Abfuhrinnen wird als tatsächliche
Arbeitszeit betrachtet. Dabei ist die Beobachtung des Ofens
sowie der Wind- und Röhlführung für den Schmelz-
prozeß ebenso bedeutungsvoll wie die anderen Arbeiten. Die
Hochofenarbeiter sind 12 Stunden im Betrieb. Eine zeitlich

Der Betriebsobmann ins Zuchthaus.

In der Zeit des passiven Widerstandes waren es die Unternehmer des Bergbaus und der Schwerindustrie...

Die nationale Wettbewerbsfähigkeit

Arbeiter, liebt du das Vaterland? Aber freilich liebt du es. Du hast es ja selber bewiesen.

Schriftenschau

(Zur Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Staatsschutz

Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 100 M. Im Hinblick führte er aus, daß Opfermann die Worte doch gebraucht haben könne...

Nachklang vom Thüringer Streik

Von einer an dem Streik in Thüringen beteiligten Seite wird uns geschrieben: In einem kommunistischen Blatt wird versucht, den erfolgreichen Streik in der Thüringer Metallindustrie...

Mitteilungen des Vorstandes

Mit Sonntag dem 22. Febr. ist der 9. Wochenbeitrag für die Zeit vom 22. bis 28. Februar 1925 fällig.

Zur Beachtung! Zutug ist fernzuhalten: von Vauschloern nach Hamburg St.; von Grabaren nach Budapest, U.; von Hammermiedern nach Summersbach.

Metallarbeiterlöhne und Warenpreise

Table with columns: Metallarbeiterlöhne (1914, 1924) and Warenpreise (1914, 1924). Includes a note: Der Preis für die wichtigsten Lebensmittel...

Ausstellungen von Erfindungen und Neuheiten

Der Deutsche Erfinder-Schülerverband e. V. in München veranstaltet während des kommenden Messen in Leipzig und Frankfurt die 2. und 24. Ausstellung von Erfindungen und Neuheiten...